

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verantwortlicher: Kurt Martius, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 17. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verantwortlicher: Kurt Martius, Nr. 11755-56.

### Bezugspreis:

Bestellpreis: 30 Pf. monatlich, 3 Mark für ein Jahr. ...  
Der „Vorwärts“ mit der Genossenschaftsbeilage „Voll u. Voll“ erscheint wöchentlich zweimal Sonntags und Feiertags.

### Anzeigenpreis:

Die abgegebene Anzeigenliste ...  
Die abgegebene Anzeigenliste ...  
Die abgegebene Anzeigenliste ...

## Der Brüsseler Anfang.

Brüssel, 16. Dezember. (Katholischer Ententebericht.) Die erste Sitzung der Internationalen Sachverständigenkonferenz fand heute vormittag um 10 Uhr im Akademiepalast statt. Die deutschen Delegierten Bergmann und Hosenstein, sowie mehrere Sachverständige waren anwesend. Die deutsche Delegation gab dem Wunsch Ausdruck, zuerst einen allgemeinen Überblick über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu geben. Staatssekretär Schroeder machte die Ausführungen und erläuterte die Denkschriften, die der Konferenz überreicht worden sind und welche die budgetären Anforderungen, die steuerlichen Befreiungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Vermehrung der schwebenden Schuld seit Ende des Krieges erläutern. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erbat Erklärungen und ergänzende Dokumente.

Brüssel, 16. Dezember. (Havas.) Bei Eröffnung der Sitzung erinnerte Präsident Delacroix daran, daß die Konferenz zum Ziel habe, praktische Ergebnisse bezüglich der Ausführung der Klauseln des Versailler Vertrages über die Reparationen zu erlangen, wie er es gestern abend bereits in einer Privatunterhaltung mit Herrn Bergmann bemerkt habe. Darauf gab Staatssekretär Bergmann eine kurze Antwort, in welcher er erklärte, daß die Lösung des Reparationsproblems von der finanziellen Lage Deutschlands abhängt. Er überreichte der Konferenz eine Reihe von Dokumen-

ten. Darauf sprach Staatssekretär Schroeder über folgende Denkschriften: eine Denkschrift über die gegenwärtige finanzielle Lage Deutschlands, eine Denkschrift über den Budgetentwurf für 1920/21, sowie eine über die Vermehrung der schwebenden Schuld, eine über den Eingang der Steuern und endlich einen kurzen Überblick über die Ergebnisse des Finanzjahres. Die Fragen, die dem deutschen Delegierten vorgelegt wurden, hatten nur den Zweck, über einige Zahlen genauere Erklärungen zu bekommen sowie ergänzende Denkschriften. Heute nachmittag sprach Hosenstein über die Frage des Besatz- und Rotenlaufes. Der Habas-Berichterstatter bezeichnet es als wahrscheinlich, daß nach der heutigen Sitzung die Ministertage das Bedürfnis empfinden werden, unter sich eine Sitzung abzuhalten, die morgen vormittag stattfinden dürfte.

### Ein Engländer in Oberschlesien erschossen.

Warschau, 15. Dezember. (F. P. R.) Am Sonnabend, den 11. Dezember, wurde in dem Bergbauort „Troczkowo“ ein englischer Leutnant von einem angeblichen früheren deutschen Fliegerleutnant erschossen. Der Engländer soll herausfordernde Bemerkungen gemacht haben, die zu einem Wortwechsel führten; hierauf soll er auf seinen Gegner losgesprungen sein, worauf ihn dieser durch einen Messerstich niederstreckte. Der Täter stellte sich dann freiwillig der Polizei.

## Das Berner Zwischenspiel.

Wenn man nach der Spaltung von Halle Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie nach ihrer Meinung über die künftige Rolle der U.S.D. in der deutschen Politik fragte, da erhielt man die merkwürdigsten Antworten. Merkwürdig vor allem durch ihre Widersprüchlichkeit, Unsicherheit und durch ihren rein negativen Charakter: Die U.S.D. sollte nach ihnen vor allem berufen sein, den Generalabwärtich der Millionen von Wählern, die im Juni für sie gestimmt hatten, nach dem kommunistischen Lager zu verhindern und die unzufriedenen Elemente der Sozialdemokratischen Partei wie bisher zu sich hinüberzuführen. In eine Vereinigung mit der Sozialdemokratie sei aber nicht zu denken, denn wir seien zu „reformistisch“, nicht „revolutionär“ genug, wir versteifen uns auf das Prinzip der Demokratie, ließen die Koalitionspolitik mit linksbürgerlichen Parteien zu, und im übrigen: Roske ...

Aber alle Unabhängigen sind sich dessen wohl bewußt, daß eine Wiederholung ihrer früheren Redensarten, monoton wir Verräter und Konterrevolutionäre seien und wonach sich die Vereinigung der Arbeiterklasse durch die Auffassung der sozialdemokratischen Massen durch die U.S.D. vollziehen werde, nunmehr reichlich überholt erscheinen müßte. Kurz, man hatte den deutlichen Eindruck, daß man sich im unabhängigen Lager mehr denn je dessen bewußt geworden sei, daß man als politische Partei mit positivem Programm und zukunftsreicher Rolle eigentlich keine Existenzberechtigung mehr besäße. Aber der große Parteiapparat ist nun einmal da mit allen seinen belohnten Sekretären, Redakteuren, Agitatoren und seinen Tausenden von Ehrenämtern und Logenlokalen; und schließlich gibt es auch einzelne Führer, die sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie herartig engagiert haben, daß sie unmöglich wieder mit uns zusammenarbeiten könnten, da aber auch sie den Mut gefunden haben, den bolschewistischen Widerstand zu bekämpfen, würde man es geradezu als einen Akt der Unabständigkeit und der Feigheit empfinden, sie durch eine Einigung mit uns in Stücke zu lassen. Aus solchen Empfindungen heraus, die gar nicht verständlich sind, löst man das große, sozialdemokratische Problem der Zerstückelung der deutschen Sozialisten weiter unangenehm.

Mehr noch: In dem selbstverständlichen Bewußtsein, daß etwas geschehen müsse, wenn man nicht in allerzweifelhafter Zeit zwischen wirklichem Kommunismus und wirklicher Sozialdemokratie erdrückt werden will, läßt man den Massen ein Programm, ein Ziel, eine Aktion, kurz eine Existenzberechtigung vor, die gar nicht besteht und gar nicht bestehen kann. Man sucht weiter noch keinen und heimlichen Anläßen zu Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei, spielt weiter mit Redensarten aus dem bolschewistischen Wörterbuch, an die man zumindest seit der Spaltung nicht mehr glaubt, und vor allem bemüht man sich möglichst häufig und möglichst geräuschvoll das Wort „revolutionär“ zu gebrauchen.

Auf internationalem Gebiet ist die Lage vielleicht etwas einfacher als auf innerpolitischem, weil man in dieser Zweideutigkeit und Hinfälligkeit nicht allein dasteht. Andere Parteien oder Parteifaktionen in Europa haben jahrelang gegenüber Moskau dieselbe Schwäche gezeigt, es haben sich auch in anderen Ländern während des Krieges und auch nachher solche persönlichen Konflikte entwickelt und zugespitzt, wie bei uns nach der Spaltung, weiß aber ohne daß es dort zur förmlichen Spaltung kam. Und eines Tages sah man sich dennoch auf derselben bolschewistischen Großkristallkugel vereint, nachdem man selbst den Bannfluch gegen die Dritte Internationale geschleudert und die Notwendigkeit des Anschlusses an die Dritte Internationale verkündet hatte.

Das ist der eigentliche Werdegang der „Internationalen zweieinhalb“, die vor einigen Tagen in Bern ihre Konferenz abgehalten, einen Aufruf erlassen und einen Kongreß Ende Februar nach Wien einberufen hat. Dieser Aufruf ist nichts anderes als ein geräuschvoller Eiertanz. Man kann nicht nachweisen, weshalb man existiert oder man möchte beweisen, daß man existiert. Man dekretiert von oben herab, daß die Dritte Internationale nicht mehr besteht, ohne sich die Mühe zu geben, diese Behauptung zu begründen, daneben aber polemisiert man gegen die Dritte Internationale ziemlich mit denselben Argumenten wie die angeblich nicht mehr lebende Zweite; jongliert dann weiter mit Worten und Diktatur und Rätesystem, schilt hin und wider auf den reformistischen Ministerialismus, erklärt, die Gewerkschaften vor der bolschewistischen Verführung bewahren zu wollen und bezeichnet das alles schließlich als eine „Grundlage“ für eine neue Internationale.

Lohnt es sich überhaupt noch gegen diese Internationale zweieinhalb einzugehen zu polemisieren, nachdem Genosse Dutschka in seiner bekannten Rede vor den Groß-Berliner F. U. D. Funktionären die ganze Gesellschaft mit einem Satz erschöpfend charakterisiert hat: „Leute, die ungenügend so reden wie Moskau und die genau so denken wie wir.“

### Brand im Polizeipräsidium.

Das Berliner Polizeipräsidium, das bereits in den ersten Revolutionstagen wiederholt arg mißhandelt wurde, ist am gestrigen Abend wiederum schwer heimgesucht worden, und zwar durch ein Großfeuer, das erst nach längerem Wüten durch die Feuerwehre niedergelöscht werden konnte. Kurz nach sieben Uhr entstand und blieb nicht erloschen ein Brand in dem im dritten Stockwerk befindlichen, auf die Dirschstrasse (Westseite) gehenden Amtszimmer des Einwohnermeldeamtes. In kürzester Zeit standen vier Zimmer dieser Abteilung in hellen Flammen, die auf das Dachgeschoss übergriffen. Die Feuerwehre war sofort zur Stelle und es schien zuerst, als könnte das Feuer auf seinen Fort beschränkt werden. Da entstand aber plötzlich

#### eine furchtbare Explosion,

die nicht nur Hunderte von Fensterstücken in Scherben zerflog, sondern einen

#### regelrechten Dach einsturz

zur Folge hatte.

Kurzweil hatte das Feuer, das bereits in den Kellerräumen und Korbsteifen reiche Nahrung fand, neue Ausdehnungsmöglichkeiten; große Dachbalken fielen in die brennenden Zimmer des dritten Stockwerkes und brannten nun ebenfalls lichterloh. Eine

#### Valustrade fiel

vom dritten Stock glühend auf den Bürgersteig der Dirschstrasse, glücklicherweise ohne jemanden zu treffen.

Genossen aufstrebenden Aufregungen der Feuerwehre gelang es, diese neuen Gefahren zu bewältigen. Gegen 10 Uhr war der Brand endgültig niedergelöscht, doch brannte es noch sehr Uhr noch immer in einzelnen Zimmern.

Nur diese Zeit hat der in Mitleidenschaft gezogene Kellerraum großen Gebäudeschadens erlitten, ein recht wüdes Bild. Auf den langen dunklen Korridoren des dritten Stockwerkes eilten die Wehrmänner mit Hebeln und Schläuchen. Beim sehr Schrei vom Brandherd, das sich außer jeder Gefahr liegt das Polizeipräsidium, das durch ein Gitter von den Korridoren getrennt ist. Dort herrschte auch während des ganzen Brandes absolute Ruhe.

Die Explosion ist im vierten Stockwerk entstanden, neben dem Nahrungsmittel-Untersuchungsbüro. Man glaubt, daß

#### Gasvergiftungen des Laboratoriums

dieser Abteilung die Ursache der Explosion waren, doch konnte dies noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden.

Das zweite Stockwerk, unmittelbar unter dem Brandherd ist ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen worden, und zwar durch das Röcheln, das auch durch die Decke, sodann sich in Strömen ergoß. In den Korridoren

#### malte man bis zu den Knöcheln

im Wasser. Auch dort sind Tausende von Kleinstücken vernichtet.

Im übrigen verweisen wir auf den Bericht im zweiten Heft dieser Nummer.

### Regierungsdebatte in Dresden.

Dresden, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im sächsischen Landtag standen heute die Regierungsdebatte und die Programmklärung der

neuen Regierung zur Debatte. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Winkler, erklärte sein volles Einverständnis mit dem Regierungsprogramm. Er sei vom sozialistischen Geiste erfüllt. Er warte aber, daß man es auch bald praktisch durchführe. Soweit diesen Vorhaben Reichsgesetze entgegenstünden, wolle auf ihre Umformung in der Reichsgesetzgebung hingewirkt werden. Er schilderte die Folgen der Preissteigerung und die ungenügenden Löhne der Arbeiter und trat für eine Aufbesserung der unteren Beamtensgehälter ein. Von den Beamten dürfe man nicht nur Befreiungsgeld fordern, sondern müsse ihnen auch geben, was sie zum Leben nötig haben. Er kennzeichnete jedoch in kräftigen Worten die Bestrebungen der reaktionären Parteien auf Wiederherstellung der alten Zustände. Der deutschnationale Beutler wies darauf hin, daß die sozialistische Regierung nur mit Hilfe der Kommunisten gebildet sei. Diese hätten in ihrem jugendlichen Unverstand erklärt, die Regierung stürzen zu wollen, wenn sie nicht kommunistisch regiere. Das könnten die Kommunisten aber gar nicht allein. Wenn sie aber dabei auf die Deutschnationalen rechneten, so sage er ihnen: „Wir fürgen nicht mit, dann wir werden dabei mit den Kommunisten niemals zusammenkommen. Wenn es uns die Regierung zu hurt macht, so werden wir den Volkswortführer gegen sie emporheben.“ Die jetzige Zusammensetzung der Regierung sei ein Hohn auf den Volkswillen. Er sei davon überzeugt, daß sie vom Volk befreit würde, wenn zu gegebener Zeit die Entscheidung des Volkes angerufen werde. Für die Deutsche Volkspartei erklärte der Stahlindustrielle Dr. Riedhammer, die Regierungsdebatte sei eine Herausforderung ohne gleichen. Es sei damit dem Gesamtbürgertum ein Kampf angelegt worden, der unnötig gewesen sei. Die Partei, die die Demokratie im Schilde führe, also die Sozialdemokratie, habe die Demokratie gründlich bei der Regierungsdebatte verhöhnt. Das Regierungsprogramm sei einseitig gewesen und habe große Volkskreise beleidigt und dabei doch das innere Gesicht erbleicht.

Der Unabhängige Abgeordnete Müller (Leipzig) führte aus: Das Regierungsprogramm sei allerdings eine Kampfanzeige an die bürgerlichen Parteien. Darüber dürften sich diese aber nicht bekümmern. Sie hätten früher ja das ganze Volk entrechtet! Wer heute auf eine Ausschöpfung der Volksgesamtheit hoffe, derkenne die Verhältnisse. Der Kommunist Meißner sagte in einer langen Rede u. a.: Die Regierung solle durch Taten ihr Programm erfüllen. Vor allem müßten die illegalen Vertriebe entzogen werden. Die Kommunisten dächten aber gar nicht daran, die Regierung zu stützen. Im übrigen sagte er, es sei genug geredet worden. Als man hierbei im Stillsitzen auf den anderthalbstündigen Wortschwall der kommunistischen Redner allseitig lächelte, erklärte er, das Parlament sei so zum Schwächen da.“ Der Demokrat Dr. Schferl, der jetzige Kultusminister, erklärte, zwischen dem alten und dem neuen Regierungsprogramm beständen keine wesentlichen Unterschiede, aber durch die Auslegung erhalte das neue Programm eine Schärfe, die man aus dem früheren nicht hätte herauslesen können.

Die Verhandlungen dauern noch weiter. Ein auf eine Vertrauensentscheidung abzielender Antrag ist seither noch nicht gestellt worden. Es ist von keiner Seite beabsichtigt, einen solchen zu stellen.

### Auslandsrundschau.

Zum Schweizer Bundespräsidenten für 1921 wurde Edward Schulthess, zu seinem Vertreter Oock gewählt. Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat das Einwanderungsverbot angenommen.

Dieser Satz trifft besonders auf die österreichischen Genossen zu. Und da fragen wir alle unsere alten Kampfgenossen aus Deutschland: die Seig, die Renner, die Ellenbogen, die Ludo Hartmann, die treuen Erben und Nachfolger von Viktor Adler und Engelbert Bernerstorfer, ob sie die Unterschrift, die Friedrich Adler unter das Berner Manifest im Namen der deutschösterreichischen Partei gesetzt hat, mit ihrem Gewissen vereinbaren können? Sie müssen eigentlich jede Zeile des Berner Aufrufes, die sich gegen die „reformistische“ und „nationalistische“ Kriegs- und Nachkriegspolitik der zweiten internationalen treugebliebenen sozialistischen Parteien als einen Schlag gegen sich selbst empfinden.

Die grundsätzliche Verurteilung und Verböschung der Koalitionspolitik durch die Berner Konferenz würde in Munde derjenigen, die zwei Jahre lang mit den antisemitischen Christlichsozialen und mit den nationalistischen Großdeutschen zur Regierung vereint waren, geradezu grotesk klingen. Wir wissen wohl, daß unsere deutschösterreichischen Genossen diese Politik nur gezwungen und im höheren Interesse ihres schwer geprüften, gegen Hungertod und Elend verzweifelt ringenden Volkes getrieben haben — genau wie wir nach der Revolution. Es wäre aber doch eine eigene Ironie der Weltgeschichte, wenn ausgerechnet Wien, der Schauplatz der eben bezeichneten Koalitionspolitik, die Geburtsstätte dieser neuen internationalen Vereinigung sollte. Diese internationale hat ebenso wenig Christlichsozialen in der proletarischen Weltbewegung, wie die U.S.A. in unserem innerpolitischen Leben. Sie ist zwar nur ein Papierschiff, aber in dieser furchtbaren ersten Stunde, in der sich die internationale Reaktion zusammenschließt, kann auch sie die unheilvollsten Folgen für die Zukunft der Arbeiterbewegung haben; denn sie verzögert nur den Tag der Bildung einer geschlossenen internationalen Arbeiterfront.

### Gegen die ungarische Mordjustiz.

Männer des öffentlichen Lebens aus allen Kulturländern veröffentlichten einen Aufruf gegen die ungarische Ausnahmegerichte, die im Begriffe stehen, zehn ehemalige Volkskammern zum Tod durch den Strang zu verurteilen. Den Angeklagten konnte keine einzige persönliche Verfehlung, kein Mißbrauch ihrer Amtsgewalt zu persönlichen Zwecken nachgewiesen werden. Die meisten von ihnen hatten auf dringenden Wunsch der Ententebehörden ihre Ämter übernommen, um eine menschliche Liquidierung der Käteherrschaft zu ermöglichen und ein fürchterliches Gemetzel zu verhindern. Nachdem sie so das Leben von Tausenden aereitet haben, sollen sie selber ihr Leben auf schmachvolle Weise verlieren. Zum Schluß wird die ungarische Regierung aufgefordert, die Angeklagten zu amnestieren und damit eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit einzuleiten.

Der Aufruf trägt die Unterschriften von Deutschen, Engländern, Franzosen, Belgiern, Holländern, Tschechen, Dänen, Italienern, Oesterreichern und Ungarn. Unter den deutschen Unterscheidern befinden sich Lupo Breniano, Hans Delbrück, Albert Einstein, Legien, Konrad Haußmann, Hermann Müller, Ledebour, Crispian, Breitfeld, Scheidemann und Eduard Bernstein.

Ueber alle nationalen und politischen Gegensätze hinweg haben sich diese Männer zu einer gemeinsamen Aktion für die Sache der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit vereinigt. Wird man es in Ungarn wagen, ihre Stimme zu mißachten?

### Streikabbruch in Böhmen.

Prag, 16. Dezember. (WZ.) Der Volksausbruch der tschechischen linkssozialistischen Partei veröffentlicht im „Rube Weiss“ (Rotes Recht) einen Aufruf an die Arbeiterchaft, sie möge den Streik noch im Laufe des heutigen Tages einstellen. Die

bei deutschen kommunistischen Parlamentarier hätten bereits gestern erklärt, daß der Streik abgebrochen werden müsse. — Nach dem „Prager Tagblatt“ ist die Drastikverlehrsperre bis auf die im Ausnahmestadium befindlichen Gebiete wieder aufgehoben worden.

Prag, 16. Dezember. (WZ.) Nach den neuesten Berichten ist die Zahl der Todesopfer in Brüx auf acht gestiegen. Ueber 20 Verwundete befinden sich im Krankenhaus. In Prag ist ein Kommunist seinen Verletzungen erlegen. — Die „Prava Lidu“ meldet, daß die fünf kommunistischen Senatoren, die nach dem Beispiel der kommunistischen Abgeordneten sich als kommunistischer Klub konstituieren wollten, unter dem Einbruch des mißglückten Putschs von diesem Plan abgesehen. Sie verbleiben weiterhin im Klub der sozialdemokratischen Senatoren.

### Nicolai gegen akademischen Senat.

Vor der 5. Zivilkammer des Landgerichts I begann am gestrigen Donnerstag der Prozeß, den der außerordentliche Professor Dr. Georg Friedrich Nicolai gegen den früheren Rektor der Universität, Geheimrat Meyer, sowie gegen die 12 früheren Mitglieder des Senats angestrengt hat. Unter den Beklagten befinden sich die Professoren Erseleng, Jarnack, Stammes, Seeburg, Deffoir u. a. Der Kläger, der selbst erkrankt war, wurde von R.-A. Dr. Schweiber, die Beklagten von R.-A. Dr. Ernst Beer vertreten. Dr. Schweiber stellte zunächst den Antrag auf Feststellung, daß die bekannte Entscheidung vom 8. März 1920, die Nicolai das Veramt entzog, kein rechtmäßiges Disziplinarurteil sei, eventuell aber Feststellung, daß die Beklagten nicht berechtigt waren, ein Disziplinarurteil über den Kläger zu fällen.

R.-A. Dr. Schweiber hob hervor, daß sich die Beklagten der Ernennung Nicolais zum außerordentlichen Professor nicht widersetzt hätten, und zwar, obwohl ihnen schon damals die jetzt Professor Nicolai vorgeworfenen Handlungen durchsichtig gewesen seien, wie denn jener Fall weit über die Grenzen Deutschlands hinaus das größte Interesse erweckt hätte. Die Entscheidung vom 8. März d. J. sei formell unzulässig gewesen. Professor Nicolai habe sich selbstverständlich an den Senat gewandt, um den

#### Skandalen der nationalistischen Studenten

unter Führung Bierlumpels für die Zukunft vorzubehalten. Die Senatmitglieder hätten dies zum Vorwand genommen, um eine Entschädigung zu fällen, die sich in Wahrheit nicht mit den Kadaverbüchern beschäftigte, sondern die nach Form und Inhalt ein Disziplinarurteil darstelle. Der Senat sei sich dabei wohl bewußt, daß ihm über einen außerordentlichen Universitätsprofessor kein Disziplinarrecht zustünde, trotzdem habe er sogar das Urteil im Schwurgericht als amtliche Bekanntmachung zum Ausbruch gebracht, und zwar, obwohl Außenminister Dienrich das Urteil alsbald aufgehoben habe. Das Urteil enthalte eine Fülle von Unwahrheiten. Dies laute der Anwalt in sehr eingehender Darlegung nachzuweisen.

R.-A. Dr. Beer betonte demgegenüber, daß er sich auf den tatsächlichen Inhalt der Entscheidung vom 8. März nicht einlasse. Das Gericht wolle keinerlei Befugnis, diesen Inhalt nachzuprüfen. Es handele sich hier nicht um eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes. Auch erob R.-A. Beer den Einwand der Unzuständigkeit für fast sämtliche Beklagte, da diese mit Ausnahme eines Einzigen nicht im Bezirk des Landgerichts I wohnten, und endlich erkläre es von vornherein ausgeschlossen, daß Professoren etwas Unwahres in einem amtlichen Urteil behaupten! Der Senat habe lediglich nach bestem Wissen seine Pflicht erfüllt.

Dr. Schweiber wies darauf hin, daß Professor Nicolai

#### Lüge und Täuschung

gebrochen habe, ohne daß es zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens gekommen wäre. Offenbar sei man sich auch im Kultusministerium darüber klar, daß am 16. März d. J. Unrecht getan worden sei. Im hohen Bewußtsein seiner vollen amtlichen Verantwortlichkeit müsse er hervorheben, daß

#### das Urteil bewußte Unwahrheiten

enthalte, und daß die dort Professor Nicolai gemachten Vorwürfe entweder auf Erfindung oder großer Entstellung beruhen. Der ganze Fall Nicolai basiere eben darauf, daß sich Nicolai wieder den schwersten Verfolgungen aussetze, ehe er auf die Vertreibung seiner Ueberzeugung verurteilt. Die Verhandlung wurde schließlich auf den 30. Januar 1921, 12 1/2 Uhr mittags, vertagt.

werden durch eine Zentralinstanz, die eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende Autorität und Selbständigkeit besitzt. Die Organisation von Kunstministerien, denen die unmittelbare Aufsicht über die staatlichen Kunstammlungen, das Kunstunterrichtswesen im weitesten Sinne, das staatliche Hochschulericht und die Entscheidung über künstlerische Fragen in allen staatlichen Betrieben zu übertragen wäre, erscheint als eine unabwendbare Forderung. Unter Kunstunterrichtswesen möchte ich allerdings nicht nur die Organisation und Verwaltung der von Borgolt empfohlenen künstlerischen Einzelschulen, sondern auch die Feststellung der Weisungen und Lehrpläne für den Kunstunterricht in den Volks- und höheren Schulen verstehen, sowie die Pflege der allgemeinen künstlerischen Kultur durch amtliche Veranstaltung von volkstümlichen Vorträgen, Vorträgen, mündlichen und gedruckten Vorträgen. Es ist dies ein Punkt, der von Borgolt nur flüchtig angedeutet wird, der aber unter den bringenden, unter allen Umständen zu lösenden Problemen die erste Stelle einnimmt. Denn eine Erziehung der Künstler kann erst dann wirklich erfolgen, wenn die Künstler selbst aus einem ästhetisch kultivierten Volk hervorgehen und als Schaffende in einem solchen Volk zugleich ihren Nähr- und ihren Reformboden finden.

Neben den staatlichen Kunstministerien wäre aber auch ein Reichskunstamt nicht zu entbehren, das die konsequent ausgebauten Bezirkskreise des heutigen Reichskunstamts und teilweise der Abteilung IX O des Auswärtigen Amtes in sich vereinigen, d. h. entscheidenden Einfluß auf alle zur Reichsverwaltung gehörenden künstlerischen Betriebe und Einzelaufgaben ausüben und die Verbindung der deutschen Kunst mit der des Auslandes pflegen müßte. Jegendwie im Gewicht fallende Bedrohungen würden durch diese schließlichen Reorganisationsarbeiten — in Wirklichkeit handelt es sich um Umgruppierungen — nicht vermindert werden. Der Beamtenapparat brauchte, das sei zur Beruhigung des Finanzdirektors gesagt, kaum vergrößert zu werden.

Glücklicherweise stehen dieser zu laufend überaus und materiellen Gründen notwendigen Reorganisation unserer Kunstverwaltung und amtlichen Kunstpflege nicht entgegen. Der Weg von den Privatansichten eines aufgeklärten und willensstarken Beamten bis zu den Ansichten der in Kunstkreisen entscheidenden bürokratischen Instanzen ist aber im gegenwärtigen Deutschland, wie auch der Fall Reddol lebt, meistens recht weit. Und er wird es bleiben, solange in den betreffenden Verwaltungszweigen die Geheimräte des alten Regimes ihren paralysierenden Einfluß ausüben dürfen und solange die Volksvertretungen in Reich, Staat und Gemeinde trotz aller schönen Worte geringfügig, Kunstangelegenheiten praktisch als Bagatelie zu behandeln.

Griffparzer über Beethoven. Griffparzer hat Beethoven aus seiner tiefen Kenntnis des Genies die würdigste Grabrede gehalten. Seine Worte sind auch heute noch in ihrer bereiten Kraft ein leuchtendes Denkmal:

Ein Künstler war er, und was er war, war er nur durch Kunst. Des Lebens Stacheln hatten tief ihn durchdrungen, und wie der Schiffbrüchige das Meer umflammt, so lag er in deinem Arm, o du des Guten und Bösen gleich herrliche Schwester, des Leides Trösterin, von oben kommende Kunst. Rest hielt er an die, und selbst als die

### Ausweisung und Conzentrations.

Halle, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Sonnenschein“.) Heute morgen um 6 Uhr wurde der politische Leiter des hiesigen kommunistischen „Vollblattes“ verhaftet. Wie mitgeteilt wird, ist die Verhaftung zu dem Zweck der Ausweisung Dr. Viktor Sterns als lästigem Ausländer geschehen. Das „Vollblatt“ teilt mit, daß Dr. Stern von seiner Ausweisung vorher keinerlei Mitteilung gemacht wurde und daß ferner Dr. Stern hiesiger sozialistischer Staatsbürger und seit zwei Jahren in Deutschland ist. Irigendwelche politischen Gründe seien für die Verhaftung nicht angegeben worden. Infolge dieser Verhaftung traten heute nachmittag die Arbeiter des Metallarbeiterverbandes und des Gaswerkes und mehrerer Industriebetriebe in den Streik. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Heute abend liegt die Stadt Halle vollkommen im Dunkel. Infolge des starken Schneefalles ist der Verkehr außerordentlich gefährlich. Heute nachmittag fanden im Volkspark mehrere Versammlungen statt, die förmlich überfüllt waren. Einleitend wurde die Freilassung Dr. Sterns gefordert. Weiter wird verlangt, daß die in Betracht kommenden behördlichen Stellen ihr Bedauern zum Ausdruck bringen. Morgen soll wieder eine Versammlung stattfinden, um zum weiteren Fortgang des Streiks Stellung zu nehmen.

Die hiesige Polizeimeasuren bedeutet einen üblen Rückfall in die Zeiten Junckerpreußens. Wir hoffen, daß sie durch die hiesigen Behörden torigiert wird.

### Wilhelm II. gegen Cotta.

Die Verhandlung vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin am gestern, Donnerstag, nicht zu einem positiven Ergebnis. Justizrat Löwe selbst als Vertreter des Kaisers beanspruchte das Urheberrecht an den einzelnen Briefen, die im dritten Bismarck-Bande enthalten sind und von Wilhelm und seinem Vater geschrieben sind. Demgegenüber vertritt der Anwalt der klagenden Cotta'schen Verlagsanstalt, Justizrat Heintz, den Standpunkt, daß es sich bei diesen Briefen um keine Manuskripte handle, die unter dem Schutz des Urheberrechts stünden.

Der Vorsitzende schlug vor, der Cotta-Verlag, dem von der anderen Seite finanzielle Absichten bei der Veröffentlichung des dritten Bandes vorzumerken wurden, solle seine Einnahmen aus dem Vertrieb des Werkes einem guten Zwecke, etwa der Kinderhilfe, überweisen und Löwenfeld solle daraus seinen Einspruch gegen die Veröffentlichung zurückziehen. Der Vertreter von Cotta teilte mit, daß er ein dringendes Interesse daran hätte, den dritten Band zu veröffentlichen, da die Firma Cotta schon eine Million Mark in die Sache hineingesteckt hätte. Schon im Herbst 1918 ist die Auflage in

#### 200 000 Exemplaren

gedruckt, die in Stuttgart noch am Lager sind. Nachdem das Ausland jetzt durch die Veröffentlichungen der italienischen Zeitung „L'Espresso“ im wesentlichen informiert ist, würde der Verlag eventuell erheblichen Schaden haben, wenn er auf die Ausgabe der Exemplare verzichten müßte. Justizrat Löwenfeld legte u. a.

#### die Stellung der Familie Bismarck

den Bismarck habe tatsächlich die Zerstörung des dritten Bandes beabsichtigt. Die Veröffentlichung müßte zur Hebung der wieder den Zwiespalt zwischen den Parteien fördern und dem Ansehen Bismarcks größten Schaden zufügen. Zur Frage des Urheberrechts betonte Professor Dr. Oerrieth, daß die von dem damaligen Kronprinzen erdichtete Fiktion der politischen Erziehung des künftigen Kaisers von größter Bedeutung gewesen sei und ein Stück Lebensaufklärung erkennen ließe. Man könne sich nichts Originelleres denken, das falls demnach auch unter den Urh-Vertrag. Als am Schluß der Verhandlungen der Vorsitzende nochmals eine Einigung vorschlug, erklärte der Vertreter des Cotta-Verlages, daß er wohl bereit sei, eventuelle Einflüsse aus den Erträgen des dritten Bandes einem guten Zwecke zur Verfügung zu stellen, daß diese Summe aber nicht als Strafe ihm auferlegt werde, sondern freiwillig spendet werden solle. Der Vertreter des Kaisers beharrte auf seine Anschauung. Ein Urteil wurde in dieser Sitzung noch nicht gefällt.

Zum letzten Bürgermeister in Brandenburg a. O. wurde der bisherige Stadtarzt Genosse Dr. Caspari gewählt. Auch die Oberbürgermeisterstelle wird von einem Sozialdemokraten, dem früheren Kottbusberger Stadtrat Ausländer, eingenommen. Für Caspari stimmte auch der größte Teil der Bürgerlichen.

### Kunstministerien.

Von Dr. John Schilowski.

In einer Schrift „Gedanken zur Kunstreform“ (Verlag von C. Schöner, Leipzig, Preis gebunden 10 M.) entwickelt Wilhelm Baegoldt, Kunstreferent am preussischen Kultusministerium, ein Reformprogramm der künstlerischen Erziehung auf staatlichen Bildungsanstalten. Das Programm baut sich auf dem Gedanken auf, daß an Stelle der wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Fächer der Kunstschulen die handwerkliche Ausbildung in Werkstätten treten soll, und es gliedert in der Forderung einer künstlerischen Einheitschule, die die freie wie die angewandte Kunst umfaßt und ihren Unterricht in Fachklassen und Werkstätten gliedert. Als Oberbau sind wenige Meisterateliers mit möglichst beschränkter Schülerzahl gedacht.

Im Laufe seiner Erörterungen kommt Baegoldt auch auf die heute bestehende Form der staatlichen Kunstverwaltung im allgemeinen zu sprechen und er weist darauf hin, daß eine einheitliche Zentralinstanz für alle künstlerischen Angelegenheiten, wie sie z. B. Frankreich in einem selbständigen Staatssekretariat besitzt, im Lande Preußen nicht existiert. Wie weit wir von diesem scheinbar selbstverständlichen Zustand entfernt sind, zeigt die Tatsache, daß die Kultusbildungs-, Fach- und Kunstwerkbereiche dem Handelsminister unterstehen, die Kunstakademien dagegen dem Kultusminister, dem aber wieder der Hochbau so gut wie entzogen ist, da man vor kurzem die Hochbauabteilung gegen die Stimmen der Sachverständigen dem Finanzministerium angegliedert hat.

Baegoldt erhebt nun mit allem Nachdruck die Forderung, „alle Bildungs- und Verwaltungsaufgaben aus dem Bereiche der Kunst in eine Hand zu legen“, und er stellt anheim, diese Zentralstelle als Abteilung innerhalb eines Ministeriums oder als selbständiges Kunstministerium zu schaffen. Diese Forderung bedarf keiner besonderen Begründung. Seit der Revolution ist auch die Kunstpflege eine Sache des Volkes geworden, und das Volk nimmt diese Sache ernst als die Pflicht der des alten Regimes es tat, die in ihr teils eine Angelegenheit der Repräsentation und des spielerischen Luxus für einige unterwählte Kreise sahen, teils ihr ein rein bürokratisch-politisches Interesse entgegenbrachten. Welche darüber hinausgehende eminent wirtschaftliche Bedeutung die Förderung der künstlerischen und kunstgewerblichen Schaffens gerade für das gegenwärtige und zukünftige Deutschland hat, braucht im nicht näher zu erörtern. Unser besiegtes, gedemütigtes und ausgepöbeltes Land markiert heute mit an der Spitze der modernen Kunstentwicklung und es wäre imstande, dem feindlichen Frankreich die bisher innegehabte Führung abzunehmen. Die Gegenwart der deutschen Kunst und des deutschen Kunstgewerbes können als Auszubereite eine wichtige Rolle spielen. Das Material und die schöpferischen Kräfte sind in reichem Maße vorhanden, sie bedürfen nur der systematischen Pflege und Förderung. Es geht nicht an, diese Pflege und Förderung auch weiterhin im Nebenbetrieb verschiedener Ministerien erledigen zu lassen; sie muß zielbewußt in einheitlichem Geiste gehandhabt

werden durch eine Zentralinstanz, die eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende Autorität und Selbständigkeit besitzt. Die Organisation von Kunstministerien, denen die unmittelbare Aufsicht über die staatlichen Kunstammlungen, das Kunstunterrichtswesen im weitesten Sinne, das staatliche Hochschulericht und die Entscheidung über künstlerische Fragen in allen staatlichen Betrieben zu übertragen wäre, erscheint als eine unabwendbare Forderung. Unter Kunstunterrichtswesen möchte ich allerdings nicht nur die Organisation und Verwaltung der von Borgolt empfohlenen künstlerischen Einzelschulen, sondern auch die Feststellung der Weisungen und Lehrpläne für den Kunstunterricht in den Volks- und höheren Schulen verstehen, sowie die Pflege der allgemeinen künstlerischen Kultur durch amtliche Veranstaltung von volkstümlichen Vorträgen, Vorträgen, mündlichen und gedruckten Vorträgen. Es ist dies ein Punkt, der von Borgolt nur flüchtig angedeutet wird, der aber unter den bringenden, unter allen Umständen zu lösenden Problemen die erste Stelle einnimmt. Denn eine Erziehung der Künstler kann erst dann wirklich erfolgen, wenn die Künstler selbst aus einem ästhetisch kultivierten Volk hervorgehen und als Schaffende in einem solchen Volk zugleich ihren Nähr- und ihren Reformboden finden.

Neben den staatlichen Kunstministerien wäre aber auch ein Reichskunstamt nicht zu entbehren, das die konsequent ausgebauten Bezirkskreise des heutigen Reichskunstamts und teilweise der Abteilung IX O des Auswärtigen Amtes in sich vereinigen, d. h. entscheidenden Einfluß auf alle zur Reichsverwaltung gehörenden künstlerischen Betriebe und Einzelaufgaben ausüben und die Verbindung der deutschen Kunst mit der des Auslandes pflegen müßte. Jegendwie im Gewicht fallende Bedrohungen würden durch diese schließlichen Reorganisationsarbeiten — in Wirklichkeit handelt es sich um Umgruppierungen — nicht vermindert werden. Der Beamtenapparat brauchte, das sei zur Beruhigung des Finanzdirektors gesagt, kaum vergrößert zu werden.

Glücklicherweise stehen dieser zu laufend überaus und materiellen Gründen notwendigen Reorganisation unserer Kunstverwaltung und amtlichen Kunstpflege nicht entgegen. Der Weg von den Privatansichten eines aufgeklärten und willensstarken Beamten bis zu den Ansichten der in Kunstkreisen entscheidenden bürokratischen Instanzen ist aber im gegenwärtigen Deutschland, wie auch der Fall Reddol lebt, meistens recht weit. Und er wird es bleiben, solange in den betreffenden Verwaltungszweigen die Geheimräte des alten Regimes ihren paralysierenden Einfluß ausüben dürfen und solange die Volksvertretungen in Reich, Staat und Gemeinde trotz aller schönen Worte geringfügig, Kunstangelegenheiten praktisch als Bagatelie zu behandeln.

Griffparzer über Beethoven. Griffparzer hat Beethoven aus seiner tiefen Kenntnis des Genies die würdigste Grabrede gehalten. Seine Worte sind auch heute noch in ihrer bereiten Kraft ein leuchtendes Denkmal:

Ein Künstler war er, und was er war, war er nur durch Kunst. Des Lebens Stacheln hatten tief ihn durchdrungen, und wie der Schiffbrüchige das Meer umflammt, so lag er in deinem Arm, o du des Guten und Bösen gleich herrliche Schwester, des Leides Trösterin, von oben kommende Kunst. Rest hielt er an die, und selbst als die

Prote geschloffen war, durch die du eingetreten bist ihm und sprächst zu ihm, als er hind geworden war für deine Jüge durch sein trübes Ohr, trug er noch immer dein Bild im Herzen, und als er starb, lagst noch auf seiner Brust.

Ein Künstler war er, und was er war, war er nur durch Kunst. Des Lebens Stacheln hatten tief ihn durchdrungen, und wie der Schiffbrüchige das Meer umflammt, so lag er in deinem Arm, o du des Guten und Bösen gleich herrliche Schwester, des Leides Trösterin, von oben kommende Kunst. Rest hielt er an die, und selbst als die

Prote geschloffen war, durch die du eingetreten bist ihm und sprächst zu ihm, als er hind geworden war für deine Jüge durch sein trübes Ohr, trug er noch immer dein Bild im Herzen, und als er starb, lagst noch auf seiner Brust.

# Berlin braucht Geld.

## Tariferhöhungsbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung erlebte gestern das Schauspiel, daß äußerste Rechte und äußerste Linke sich verbrüdereten und der Stadt die Aufbringung der für ihre Ausgaben notwendigen Geldmittel erschwerten. Der Preis von Elektrizität, Gas und Wasser sollte erhöht werden, damit zur Deckung der wachsenden Ausgaben auch wachsende Einnahmen zur Verfügung ständen. Auf ihre Grundzüge beriefen sich die radikalen Mittelverweigerer, die Deutschen aber stimmten mit ihnen aus Mut über die — Sozialistenherrschaft in Berlin. Man könnte das lustig finden, wenn es nicht so bitter ernst wäre. Als Bankrotteurpolitik wurde dieses Treiben von unserem Genossen Conrad gebrandmarkt, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach. Er erkannte die zurzeit leider bestehende Notwendigkeit der Preiserhöhung an, verlangte aber Betriebsverbesserungen, damit Produktionssteigerung und Kosteneinschränkung einen Preisabbau ermöglichen. Angenommen wurde die volle Preiserhöhung für Elektrizität und Wasser, beim Gas wurde nur der Wegfall der bisherigen Ermäßigungen für kleine Verbraucher und Automatenbenutzer beschlossen und ein Einheitspreis von 1,25 M. festgesetzt.

### Sitzungsbericht.

Die heutige Tagesordnung zählt 18 Punkte, darunter 10 Anträge und 2 Anfragen auf. Außerdem liegt ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten vor, den Magistrat zu beauftragen, sofort und noch vor Weihnachten einmalige Unterstufungen zu zahlen von 500 M. an Arbeitslose mit Angehörigen, von 300 M. an alle anderen Arbeitslosen, und zu den bestehenden Unterstufungen bis auf weiteres einen Zuschlag von 100 Proz. zu leisten. — Die Rechte widerrechtlich der Dringlichkeit; der Antrag muß auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Der Richter Dr. Wehl richtet an die Versammlung den dringenden Appell, zur möglichst glatten Erledigung der Tagesordnung die Debatte tunlichst einzuschränken.

### Der Diebstahl und der Nebelst

müsse unter allen Umständen ein Damm entgegengekehrt werden, sonst sei ein glattes Arbeiten der Berliner Vermahlung undenkbar. Es sei ohnehin unmöglich, in der Weihnachtswoche am Dienstag und Donnerstag Sitzung zu halten.

Auf Antrag der II. Soz. wird der Antrag Wehl betr. den Protest gegen die Nichtbestätigung des Oberstadtschulrats Dr. Löwenstein und betr. Aufforderung an den Minister des Innern, die Bestätigung auszusprechen, vorgelesen und demnächst behandelt. — Die beiden Anträge der Kommunisten betr. die Vorgänge im Erziehungsheim Lindenhof und betr. die Anstellung von auf Probiervertrag Angestellten auf Lebenszeit werden auf Antrag der Rechten und der Soz. von der Tagesordnung abgelehnt. Die Anträge der Kommunisten, die Anträge betr. Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit voranzutreiben, werden abgelehnt.

Den Antrag Wehl betr. den Oberstadtschulrat Dr. Löwenstein begründet Weinberg (II. Soz.). Die Frage sei zu einem

### Kampf um die Selbstverwaltung

geworden. Der Demokrat Preuß nennt das Bestätigungsrecht den reinen Hohn auf die Selbstverwaltung. Auch der Sozialdemokrat Paul Hirsch, der frühere Ministerpräsident, steht in seinem Kommunalprogramm auf demselben Standpunkt, ebenso das Bismarck. Die Regierung hat vor der Wählerlei der reaktionären Dunkelmänner schmählich kapituliert. Rousseau, Pestalozzi, Herbart, alle diese großen Pädagogen haben niemals eine Stunde Unterricht gegeben.

Nach ablehnenden Worten der beiden Rechtsparteien, die hürnischen Widerspruch finden, erklärt Gähel (Komm.): Als Gegner des Bestätigungsrechts stimmen wir dem Antrag zu und beantragen, ihn auch auf unseren von der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung geteilten und nicht bestätigten Genossen Eichhorn auszuweiten. Der Magistrat muß sofort beide in ihr Amt berufen, ganz gleich, was darauf erfolgt. Einer anderen Lösung dieser Frage werden wir jede denkbare Schwierigkeit bereiten.

Dr. Schmidt (N.): Was die jetzige Mehrheit in Berlin getrieben hat, ist nicht Selbstverwaltung, sondern Zwangsverwaltung, (Große Unruhe und Gelächter.) Heber die zwingenden Gründe des Oberpräsidenten für die Verlegung der Bestätigung brauchen wir uns nicht mehr zu verbreiten. Der Antrag der II. Soz. ist ganz unbedeutend.

Bernuth (Soz.): Ich habe für meine Fraktion folgende Erklärung abgegeben: Die S.R.D. hat seit Jahrzehnten gegen das in § 30 der geltenden Städteordnung festgesetzte Bestätigungsrecht angeknüpft und seine Aufhebung verlangt. Auf diesem Stand-

punkt stehen wir auch jetzt und werden bei Beratung der neuen Städteordnung nach unseren besten Kräften die Bestätigung des Bestätigungsrechts herbeizuführen suchen.

Die Wahl von Herrn Dr. Löwenstein zum Oberstadtschulrat von Berlin haben wir gefördert, weil wir ihn für diesen Posten für geeignet hielten. Nachdem aber die Ausschussbehörde die Bestätigung verweigert hat, halten wir die jetzt geltenden

### Anträge Wehl u. Weh. für zwecklos,

um so mehr, als seit der Verlegung der Bestätigung eine Reihe von Botsen verfloßen sind, ohne daß die Antragsteller selbst sich durch die Ablehnung bedauerlich fühlen und als nach der geltenden Städteordnung es kein Rechtsmittel gibt, um diese Nichtbestätigung aufzuheben. (Die Erklärung wird von den II. Soz. und Kommunisten mit Absinken und Unruhe angenommen.)

Nachdem noch für die Demokraten Dr. Helmke gegen den Antrag gesprochen hat, wird die Beratung geschlossen. Das Schlusswort namens der Antragsteller nimmt Schneider (II. Soz.), der den Sozialdemokraten unterstellt, sie hätten event. die Wahl Löwensteins nur gefördert, weil sie wußten, daß der Minister, ihr Parteifreund, ihn nicht bestatigen würde. Das Deutschtum der Rationalisten lehne die Parte: ab und halte an Dr. Löwenstein fest.

Die Einschaltung des Stadtrats Eichhorn wird gegen die Stimmen der II. Soz. und der Kommunisten abgelehnt. In namentlicher Abstimmung fällt der Antrag Wehl mit 101 gegen 69 Stimmen.

### Heber die Ausführung der Vorlagen wegen

### Erhöhung der Tarife

für die Lieferung von Elektrizität, Gas und Wasser berichtet Panschow (D. Sp.). Die Erhöhung des Gaspreises auf 1,25 M., des Wasserpreises auf 90 Pf. und die Heraushebung der Preise für Lieferung des elektrischen Stroms sind vom Ausschuss noch den Magistratsvorschlüssen beschlossen worden; die neuen Sätze sollen bis 31. März 1921 gelten.

Dr. Reumann (D. Sp.) wird mit seiner Fraktion die Erhöhung des Wasserpreises ablehnen. Die Gaswerke Berlins arbeiten offenbar nicht so rationell wie die Charlottenburger und Reußliner, wo man bisher mit einem wesentlich billigeren Sätze pro Kubikmeter Gas auskommen sei als in Berlin. Nebenher legt der Redner gegen die von der Regierung vorgeschlagene neue Grundsteuer Protest ein.

Leh (Komm.) wendet sich gegen die Tarifversteigerungen, die notwendig die Löhne weiter hochtreiben müßten.

Dr. Richardis (Dem.): Mit bloßer Ablehnung zu operieren, ist ja sehr bequem für alle, die mit dem Verantwortungsbewußtsein nicht beauftragt sind. Wir empfinden diese Verantwortung und haben uns entschlossen, die Erhöhungen bis 31. März zu bewilligen. Auf die Dauer werden wir aber nicht einfach für die Deckung der Ausgaben zu sorgen Lust haben, indes die Mehrheit Leichten Herzens immer höhere Ausgaben bewilligt, sich aber um die Deckung keine grauen Haare wachsen läßt. Die 6 Tage des wüsten Elektrizitäts haben der Stadt ungezählte Millionen gekostet; der Ausfall bei der Straßbahn beträgt allein 7 Millionen und muß durch den höheren Fahrpreis wieder eingekraft werden.

Dr. van der Bergh (Dnat. Sp.) sucht darzulegen, daß die Erhöhungen besonders den gewerkschaftlichen Mittelstand treffen müßten, der schon unter unerbittlichen Lagen leidet. Man müsse den Druck auf die Verminderung der Ausgaben verstärken, anstatt einfach die Einnahmen auf eine so fragwürdige Weise zu vermehren.

Ufermann (II. Soz.) lehnt mit den Kommunisten die Erhöhung des Gaspreises ab.

Conrad (Soz.): Das neue Berlin darf nicht sofort an Kinderkrankheiten wieder zugrunde gehen. Wir können daher eine

### Politik der Bankrottsture

nicht mitmachen, wir fühlen uns verpflichtet, für die Deckung der beschlossenen Ausgaben nach bestem Gewissen zu wirken. Es ist ja ungemein leicht, sich von den Massen als Volkstribun, der jede Tariferhöhung ablehnt, umjubeln zu lassen; aber wer es mit der neuen Berliner Kommunalverwaltung ernst meint, muß mit uns den Ausdrucksantrag annehmen. — Redner geht dann auf die Einzelheiten näher ein und erörtert auch die Frage, weshalb die Produktionskosten in Berlin eine so starke Differenz im Vergleich zu Charlottenburger und Reußlin aufweisen; hier sollte die Organisation nach dem Rechten stehen. Zum Wohl der Allgemeinheit müsse die Tariferhöhung erfolgen; hoffentlich werde bei rationaler Betriebsweise bald ein Abbau möglich sein.

In der Abstimmung wird die Erhöhung des Elektrizitätstariifs angenommen, die Erhöhung des Gaspreises auf 1,25 M. abgelehnt, dagegen ein Antrag Wehl, den Gaspreis einheitlich auf 1,25 M. festzusetzen, angenommen. Die Erhöhung des Wasserpreises nach dem Ausdrucksantrag wird zuerst vom Vorsteher Schwarz für abgelehnt erklärt; auf Verlangen aus der Versammlung wird die Abstimmung wiederholt und er gibt nunmehr die Annahme des Ausdrucksantrages. Danach wird auch noch eine Resolution Ufermann zum Beschluß erhoben, die

Kostenreputation zu beantragen, Verbesserungen des Betriebs zu erwägen und vorzuschlagen.

Der Antrag v. Ennen, Streiter u. Ben wegen Gewährung einer Beihilfe an die gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Groß-Berlins wird angenommen, ebenso ein Antrag Reusch (II. Soz.), sofort zu prüfen, welche dieser Anstalten lebensfähig ist und in städtische Verwaltung übernommen werden kann.

Die Verabschiedung des Viktorianhauses für Krankenpflege wird beschlossen.

Nach 10 Uhr wird beschlossen, die öffentliche Sitzung heute abzubrechen und in die geheime Sitzung einzutreten, da die Erledigung der auf deren Tagesordnung stehenden Vorlage wegen anderweitiger Festsetzung des Ruhegehalts des Verbanddirektors a. D. Dr. Steiniger vom Oberpräsidenten dringend gewünscht werde.

Schluß 10 Uhr.

## Der Mord von Mechterstedt.

Kassel, 16. Dezember. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Anschließend an die Verlesung des Augenscheinprotokolls werden die Zeugen vernommen, die kurz nach der Mordtat am Schauplatz gewesen sind. Zuerst belaudet Zeuge Hartmann aus Thal, der Vater des einen Erschossenen, daß die Leichen furchbar ausgesehen hätten. Seinen Sohn fand der Zeuge in einer großen Wühlgrube liegend mit schweren Verletzungen. (Bewegung.)

Darauf werden einige Telegraphenarbeiter sowie der Amtsgerichtsdienstschmitt aus Thal vernommen. Zeuge Arbeiter Schmidt hat auf der Straße nach der Schießerei die zurückkommenden Begleitmannschaften gefragt, was sie mit den Gefangenen gemacht hätten. Er erhielt zur Antwort:

### Die sind alle erledigt!

(Bewegung.) Einer der Zeugen behauptete noch, daß der Rebel an dem fraglichen Tage nicht dauernd gleich stark gewesen sei, sondern hin und her gelaufen habe. Nun erfolgt die Vernehmung der Zeugen, die zu dem Kommando des Angekl. Gähel gehört haben, gegen die aber nicht Anklage erhoben worden ist, weil sie nach eigenen Angaben und den Aussagen der Angeklagten nicht geschossen haben, d. h. nicht zum Schuß gekommen sind. Der Führer Jona soll den Zeugen Parz mißhandelt haben. Er bestritt dies aber, obwohl der ihm gegenübergestellte Zeuge Parz mit aller Bestimmtheit bei seinen Angaben verbleibt; und noch weitere Einzelheiten befragt, darunter, daß der Zeuge Jona am dem Tage eine Requirierung gemacht habe. Die übrigen Studenten geben übereinstimmend von den Vorgängen dieselbe Darstellung wie die Angeklagten. Sie bestritten auch, daß irgendwelche Gefangenennahmen vorgenommen seien. Wegen des Verdachts der Mithaterschaft wurden diese Zeugen zunächst unbedeutend vernommen. Die Verteidigung beantragt aber, sie zu verurteilen, da ihnen eine Beteiligung an der Mordtat nicht nachgewiesen werden kann. Trotz des Widerspruchs der Staatsanwaltschaft werden die Zeugen verurteilt. Die beiden letzten Zeugen, zwei Einwohner von Mechterstedt, waren mit den Zeugen Parz und Arnold als Gefangene nach Gotha transportiert worden. Sie bestritten die Aussagen von Parz und Arnold, geben aber zu, daß die Gefangenen Anschläge und Lauffahrt machen mußten und Tritte und Kolbenschläge erhielten.

Als erster Sachverständiger wird hierauf der Arzt Dr. Aind aus Mechterstedt gehört. Als unbedingt tödlichen Schuß wies

### jede Leiche einen Schußwund

auf, der infolge der Nähe zertrümmert wirkte. Weitere Verletzungen durch Kolbenschläge hat der Sachverständige nicht wahrnehmen können. Außerdem wiesen die Leichen Bein-, Arm- und Beckenschüsse auf. Die Lage der Leichen war nach Meinung der Sachverständigen eine natürliche und spreche nicht gegen die Behauptung der Angeklagten, die Gefangenen seien auf der Flucht erschossen worden. Als der Sachverständige vom Staatsanwalt gefragt wird, ob er für den an der Leiche des Hornschuh gefundenen

### Bruchstück direkt von vorn

eine Erklärung geben kann, sagt der Sachverständige, daß es möglich sei, Hornschuh habe sich infolge eines erhaltenen Schusses herumgeworfen und dabei den Bruchstück bekommen. Nach der Vernehmung dieses Sachverständigen wird die Verhandlung auf Freitag vertagt. Es müssen noch 5 Sachverständige vernommen werden, ehe die Mordtat beginnen können. Das Urteil ist für Sonnabend zu erwarten.

## Briefkasten der Redaktion.

N. R. 45. Sie brauchen den Zuschlag nicht zu zahlen. — B. 2. 100. Ihre Fragen lassen sich im Briefkasten nicht beantworten; kommen Sie in unsere juristische Sprechstunde. — S. C. 99. 1. Reiz. 2. In 10 Jahren. — Herrin. Durch die Bestimmung des § 1735 BGB. soll letztlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gültigkeit der Ehefähigkeitsklärung nicht von der Richtigkeit der Annahmema abhängig ist. Eine Folge der Ehefähigkeitsklärung ist die Pflicht zur Unterhaltung des Kindes, was mit § 606 Abs. 2 in Einklang steht. — U. S. 25. 1. 2. u. 4. Verordnung über die Einsetzung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Febr. 20. 2. Entlassungen aus Anlaß von Wiederentstellungen von Kriegsteilnehmern oder zur Verminderung der Arbeitslosenzahl dürfen nur vorgenommen werden, wenn die Möglichkeit einer Arbeitsfindung nicht besteht. Unter 24 Stunden braucht aber die Wochenarbeitszeit nicht herabgesetzt zu werden. — S. 32. Reiz. — J. 3. Reiz. — G. 3. Von 100 M. 10 Proz., von den weiteren 90 M. 15 Proz. — Niederländische 99. 1. Reiz. 2. Re.

# Extra-Angebot preiswerter Herrenkleidung



Morgenjoppen Schaffson und hoch zu schließen 158.-  
Schlafschröde aus gediegenen Stoffen 212.-  
Farbige Westen schöne Muster, Tuch u. Seide 65.-  
Gestr. Hosen gute Kammaarne, mod. gestr. Cheblots 70.-

Sacco-Anzüge 1025.- 570.- 320.-  
Herren-Älster 1050.- 850.- 180.-  
Raglan-Schlüpfer 1250.- 1050.- 770.-  
Sportpelze besonders preiswert  
Cape mit Samter, Marder mit Capitan  
= = marmel, Capitan mit Bergmarmel = =

Knaben-Anzüge in verschied. Stoffe, haltbare Stoffe, 110 - 75 - 58 - 47  
Knaben-Älster gute Stoffe, moderner Schnitt 240 - 118 - 88 - 67  
Jünglings-Anzüge schöne Muster 320 - 250 - 190  
Jünglings-Älster elegante Form 210 - 165 - 139

## Carl Schulze & Co. Fabisch & Co.

Brüdenstr. 11 Schönberg: Hauptstr. 10 St. Frankfurter Str. 20 Rosenthaler Straße 3

Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet!

# MASSARY

Zum Weihnachtsfeste!



KON LINON

## Theater, Lichtspiele etc.

**Opernhaus, Fidelio.**  
1 Uhr.

**Schauspielhaus, Der Kronprinz.**  
7 Uhr.

**Deutsches Theater, Don Carlos.**  
Sonnabend 7 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Kammerspiele, Die Scheidung.**  
7 1/2 Uhr, Sonnabend 7 1/2 Uhr.

**Gr. Schauspielhaus, Die Fledermaus.**  
8 Uhr, Sonnabend 8 1/2 Uhr.

**Königgrätzerstraße, Frau Margit.**  
1 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

**Komödienhaus, Die Sache mit Lola.**  
1 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

**Berliner Theater, Die spanische Nachtigall.**  
Allabendlich 7 Uhr.

**Fritzi Massary, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

**Central-Theater, Frau Bärbel.**  
7 1/2 Uhr.

**Deutsches Opernhaus, Mignon.**  
7 Uhr.

**Friedr. Wilhelmst. Th., Die Töchter der Töchter.**  
7 1/2 Uhr.

**Kleines Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Hollandweibchen, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Neues Opernhaus, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Der Biberpelz, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Schiller-Theat., Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Don Carlos, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Thalia-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Gastspiel Hansi Niese, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Th. am Vollendungsplatz, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Wenn Liebe erwacht, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Theater des Westens, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Der erste Liebesgold, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Th. d. Kommandantenstr., Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Der verjüngte Adolar, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Waller-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Der Gelber von Logano, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Walhalla-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Rastelbinder, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Residenz-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Lady Windermere's Fächer, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Tranon-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Kammermusik, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Rose-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Casino-Theater, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

**Winter-Garten, Die Fledermaus.**  
7 1/2 Uhr.

## Circus Busch

Träumland  
Vorv. Circus u. W. T. T.



**Metropol**  
Potsdamer Str. 58  
Turmstr. 12  
Die Schuld der Lavinia Morehand mit Mia May.

**B.T.C.**  
Potsdamer Str. 58  
Turmstr. 12  
Die Schuld der Lavinia Morehand mit Mia May.

**Concordia-Palast-Theater**  
64 Hindenburgstr. 64  
Lotte Neumann  
Eines großen Mannes Liebe.

**Passage-Theater**  
Unter den Linden 22/23  
Dir.: Dr. Hoffmann  
2 Uraufführungen 2  
Die Film Trilogie  
Eine gefährliche Fahrt  
großer Sensationsfilm  
in 5 Akten.  
In den Hauptrollen:  
Ludwig Trautmann  
Mabel May Yong

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Die roten Schuhe.  
Mor. 7 1/2 Die roten Schuhe

**Schall und Rauch**  
im Großen Schauspielhaus  
Dir. Hans v. Wolzogen.  
Gussy Holl  
Gregor Ratoff  
Walter Mehring  
Lia Manza  
Paul Gratz  
Lala Herdmenger  
Desider Zador u. a.  
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.

**Elite-Sänger.**  
Das große Weihnachts-Programm!  
Vorv. 11-12 Uhr

**Reichshall-Theater**  
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Fest-Veranstaltung  
Benefiz. u. d. d. d.  
Wittner, Stiel, Hebe, Grob, Schütter, Robin, Girard, Dreumann, Fuchs und Rappel.  
Stettiner Sängerk.

**Folles Caprice**  
am Oranienburger Tor.  
Neun Monate a dato  
Die Reservendame  
Meins Tochter d. Herzogin  
m. Ferd. Gräneck, Rudolf  
Rudolf, Georg Erich Schmidt,  
Vorverk. 11-12 und ab 6 Uhr.  
Tel.: Norden 4650

**Winter-Garten**  
Pflüchlich 7 1/2 Uhr:  
Varieté-Spielplan  
Reuchen gestattet!

**Zonndorf-Betriebe**  
Gd. Hans Zonndorf

**Pladen-Restaurant**  
Eingang: Unt. d. Stb. 44  
Friedrichstr. 87. Kaffee-  
schänke mit Speise-  
kammer. — Billiger  
Kaffee — Später  
Wein-Abteilung  
Mittag- u. Abendessen.

**Zonndorf „Gira“**  
Eingang: Mittelstr. 60  
am Vollen- u. Restaurant  
Spezialitäten für Hoch-  
zeit, Mittag und Abend-  
essen u. ausl. Bier — Grö-  
ßte Kaffee- u. Kuch-  
bäckerei.

**Zonndorf**  
Unter den  
Linden 44  
Kaffee- u. Kuchen-  
schänke nach Bedarf. Art  
1884. Kaffee- u. Weizen-  
bäckerei. Betrieb  
am Vollen- u. Restaurant  
Zwei Kapellen

Grundlag: Schnelligkeit in der Befolgung u. hervorragende  
Qualität des Gebotenen bei minimalen  
Preisen.

**Ankauf Juwelen**  
Margraf & Co.  
Kanonstr. 9.

**Glühlampen**  
und  
Installations-Material  
u. tauchen gelocht  
Ing.-Bureau Schlichting  
Berlin W 9, Unterstr. 10.  
Tel.: Eichen 3705 u. 8315

**La Plata-Weiß-Mais, amerik.**  
White corn 2, La Plata-Gelb-  
Mais sofort greifbar und auf  
Lieferung abzugeben:  
„Wogona“ Nahrungs- u. Lebensmittel-  
Gesellschaft m. b. H. Leipzig  
Berlin W 85, Am Karlsbad 16  
Telegraph-Adresse: „Wogona“-  
Fernsprechnr. 1111, Nollendorfstr. 99,  
Rml. Lützow-Str. 72, 73, 1043, 2476.

**Ankauf von Brillanten, Perlen, Uhren, Platin und Goldbruch.**  
G. Schliephaeke, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße.

**Ankauf Perlen Juwelen**  
Sehr großes Silberlager  
Margraf & Co. 22  
Kanonierstrasse 9

**Brillanten „Veritas“**  
kauft  
Berliner Edelstein-Ges. m. b. H.  
Friedrichstr. 168. Nur 1. Etage

**Brillanten**  
kauft  
Berliner Edelstein-Ges. m. b. H.  
Friedrichstr. 168. Nur 1. Etage

**Trauringe**  
Dukatengold, 14 kar. Gold, 8 kar. Gold gestempelt. — Gleich zum Mitnehmen  
A. Schiffmann, Alexanderstr. 12  
Teleph. Alex. 4255

**Rheumacitin**  
Kurt „Gale“  
ist nicht nur schmerzstillend,  
sondern befreit die Brandheisererkrankungen bei  
Rheumatismus, Gicht,  
Ischias, Gelenkrheumatismus.  
Pelikan-Apothete, Berlin, Unterstr. 98,  
an der Charitéstraße.  
Telefon: Centrum 2755. Preis pro Packung gratis

## Keine Frau

solte versäumen, ausführl. Prospekt über hygien. Artikel kostenfrei einzufordern. Auf Wunsch sachtem. Beratung.  
Frau B. Koopmann, Berlin 217, Potsdamer Str. 104.

**Edelmetall u. edelmetallhaltige Abfälle**  
in Bruch und Abfällen jeder Form taufst ständig  
**Scheideanstalt Fr. Urbaschek,**  
Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 23.  
Gegründet 1853. Zentrum 4303.

**Herren-Stoffe**  
für Anzüge, Ulster, Paletots,  
zirca 141 cm breit, nur beste Ware,  
Metze 55 Mark bis 180 Mark.  
**Georg Schimpfitz,**  
Stolauer Straße 11.

**Aureol Haarfarbe**  
seit 23 Jahren anerkannt beste  
**Haarfarbe**  
Hält echt natürlich blond,  
braun, schwarz etc. 224. Probe &  
J. F. Schwarzlose Söhne  
Berlin, Markgrafen Str. 26.  
lässt erhitzen.

**Selt!**  
Weiß- u. Rotweine  
von 14. — ab einfach. Steuer  
Süßweine  
Rum — Bunsch  
Burgunder-Bunsch  
Franzöf. C. föte  
Whisky  
Berlangen Sie Preisliste.  
Süddeutsches  
Weinhaus  
G. m. b. H.  
Berlin W. 66  
Leipziger Straße 13.  
Zentrum 8920.

**Pianos**  
gute gebrauchte, tadelloso auf-  
gearbeitet, von 4200 Mk. an,  
wenig gebrauchte, neue, große  
Auswahl, billig. Sehr günstige  
Gegenüberstellung.  
**Pianohaus**  
Alexanderstr. 37  
gegenüber Hollenstedtbaum.

**Möbel**  
Bar oder Teilzahlung  
Bedeutend herabgesetzte Preise.  
Kleinste An- u. Anzahlung  
Wohnzimmer, Schlaf-  
zimmer, Speisezimmer,  
Herrenzimmer,  
farbige Küchen,  
einzelne Möbel.  
Liefere auch anwärts.  
**Landwehr**  
Müllerstr. 7, Wedding-  
platz.

**Neues Bauspiel!**  
Haus: eine selbst herzustellen, komp. mit  
Formen, Kelle, Teich, 17. Vorrat, Masse  
u. rot u. weiß 35 M. Weitere Masse ro. u.  
weiß je 3 M. Gr. Auswahl in Puppen,  
Gesellschaftsspielen, Spielwaren jed.  
Art zu vorjährigen billigen Preisen.  
**L. Maas & Co.,** Markgrafenstr. 84,  
von der Lindenstraße 3. Haus.

**Trauringe**  
Dukatengold 900 gest., von  
41, 120, — an  
14 k. Gold 985 gest. M. 70 an  
8 k. „ 353 „ 40 „  
Stets vorrätig am Lager.

**Kupfer, Messing**  
Rotguss, Zink, Blei, Zinn, Quecksilber  
Geschirrzinn, Lagermetalle kauft zu Tagespreisen.  
**Fr. Neumann jr.,** Invalidenstr. 109, Hof-  
Nord. 10507.  
Bestes Absatzgebiet für Fabrikanten und Händler

**Dynamodraht**  
in Baumwolle, Seide  
und Emaille  
faßt jeden Posten  
**Elektrobureau, Grüner Weg 100.**

**Ankauf von: Brillanten, Perlen, Juwelen, Platin, Gold, Silberbruch**  
zu höchsten Preisen bis zu den größten Objekten.  
! Streng ree! Befolgung!  
Brillantenankauf von 11-3 Uhr.  
Geschäftszeit von 9-6 Uhr.  
**Heinrich Trapp,** Am Spittelmarkt,  
Beuthstr. 10 (Laden).



**Das praktische Weihnachtsgeschenk**

**Daunendecken**

Seidenglanz-Dann-Sat. Oberseite, Perkal Rücken, in diverse Farb. 155x200	860,- M.	Perkal, handgemalt, Küstlermuster	1750,- M.
		Reines Seide	2000,- M.
<b>Oberbettbezug</b> in Handentuch	105,- M.	<b>Steppdecke</b> , einfarbig und bunt, in diversen Farben und Mustern mit Trikotfutter	230,- M.
in Linnen	140,- M.	<b>Oberbett</b> , rotos Inlett mit Monopoldäumen	437,- M.
<b>Kissenbezug</b> in Handentuch	31,- M.	<b>Metallbettstelle</b> mit Zugfeder Matrize 80x190, schwarzlackiert	195,- M.
<b>Ueberlaken</b> mit reicher Lochstickerei	180,- M.	90x190, schwarzlackiert weiß 10,- M. mehr.	290,- M.
<b>Laken</b> in Waschtuch	59,- M.	<b>Handtuch</b> leinen, halbgeblickt	14,- M.
retolieren	88,- M.	<b>Schrank</b> , weißlack.	750,- M.

**Schlafzimmer**  
und einzelne Möbel  
Dielengarnituren • Frisiertoiletten • Kindermöbel  
Sehr preiswert!

**Bettfedern-Fabrik**  
**Gustav Lustig**  
Prinzenstr. nur 46 u. 47  
Eingang nur unter Glaskuppel

**Schlafzimmer**  
und einzelne Möbel  
Dielengarnituren • Frisiertoiletten • Kindermöbel  
Sehr preiswert!

**Bettfedern-Fabrik**  
**Gustav Lustig**  
Prinzenstr. nur 46 u. 47  
Eingang nur unter Glaskuppel

**Sinkauf**  
von Gold, Silber, Brillanten  
zahle die nächsten Preise.  
**Bock, Berlin O.**  
Andreasstraße 44  
vis à-vis Jandorf.  
Nebenanschl. Alex. 3165

**Möbellabrik Rob. Seelisch**, Berlin O, Rigaer Str. 71-73 a  
Gegründet 1876, 3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

**3-Zimmer-Einrichtung mit Küche**

<b>Schlafzimmer</b> , echt Eiche	<b>Speisezimmer</b> echt Eiche
1 Schrank mit Fac.-Spiegel	1 Stuhl
1 Bettstellen	1 Anrichte
1 Waschtisch m. Fac.-Spiegel	1 Tisch
und eicht Harmer	6 Stühle mit echt Leder
2 Nachttische m. eicht. Harmer	<b>Küche</b> , weiss lackiert
2 Patentmatrizen	1 Büfel, 1 Rahmen
<b>Herrenzimmer</b> , echt Eiche	1 Tisch, 2 Stühle
1 Bibliothek, 1 Diplomat	1 Kabinenkasten
1 Tisch, 1 Schreibstisch mit echtem Leder	1 Handtuchhalter
1 Stühle mit echtem Leder	

4165 Mark  
4770 Mark  
5550 Mark  
500 Mark

Beschreibung ohne Kaufzwang gestattet!  
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.  
Gekaufte Möbel können kostenlos in- u. Nehme Warenaufnahme in Zahlung.  
Sonntag von 12-8 Uhr geöffnet.

**Unentbehrlich für jeden Haushalt ist mit freiem Schlüsselabonnement**  
Verlangen Sie überall Marke Hoost „Haib und Haib“ 1-Pfund-Paket 3,50 M., Marke „Emha“, 20 Proz. Kaffee, 1-Pfund-Paket 3 M., Hoost „Getreide-Kaffee“ 1-Pfund-Paket 3,50 M.

**echter Hoost-Dreibohnenkaffee**  
M. Noost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 46  
Keibelstr. 11.      Alexander 1470

# Groß-Berlin Großfeuer im Polizeipräsidium.

### Der Dachstuhl niedergebrannt.

Der Ruf „Feuer im Polizeipräsidium“ alarmierte gestern Abend gegen 7 Uhr acht Löszüge der Berliner Feuerwehr. Aus bisher noch nicht ermittelten Ursachen war im dritten Stockwerk ein Brand entstanden, der sich in kurzer Zeit über den ganzen Dachstuhl ausbreitete. Die hellen Flammen schlugen zum Himmel und lockten eine große Anzahl von Neugierigen an. Trotz eifrigen Wassergebens gelang es der Wehr zunächst nicht, die Gewalt der Flammen einzudämmen, so daß eine Zerstörung der Lage für das ganze Gebäude recht kritisch war und die Feuerwehr daran denken mußte, die in der Nähe liegenden Gebäude zu schützen. In der achten Abendstunde wurde durch eine Explosion, deren Ursache noch nicht ermittelt werden konnte, die Balustrade über dem Einwohnereingang in die Höhe geschleudert. Sie stürzte über das Mittelportal hinweg in der Diefenstraße auf den Fahrweg und sperrte den Bürgersteig. Dabei wurde eine mechanische Leiter der Feuerwehr schwer beschädigt, die Fernsprechanlage, die vom Polizeipräsidium über die Stadtbahn nach dem Amtsgericht führen, getroffen und fielen auf die Straße und die Gleise der Stadtbahn.

Spätere Feststellungen ergaben, daß das Feuer im Amtszimmer des Einwohnermeldeamts ausgebrochen war. Der Dachstuhl und ein Teil des oberen Geschosses wurden ein Raub der Flammen. Der Feuerwehr gelang es unter Leitung des Branddirektors Reichel durch unangeführtes Wassergeben mit zahlreichen Motorspritzen, eine weitere Ausdehnung des Feuers auf die angrenzenden Teile des Polizeipräsidiams zu verhindern. Das gefährdete Mittelportal konnte wirksam geschützt werden, ebenso blieben die beiden Seitenflügel vom Feuer verschont. Gegen 9 Uhr konnte ein großer Teil der Wehr wieder abrücken. Der Umfang des Schadens ließ sich noch nicht berechnen. Polizeipräsidium und Alexanderplatz waren durch die Sicherheitswehr abgesperrt und wurden bis in die späten Abendstunden von einer unabsehbaren Menschenmenge umlagert.

## Der Hotelkrieg.

Die bürgerliche Presse aller Richtungen, die im Hotelbesitzkreis sich guttätig so lapidar für das „Recht auf Wucher“ ins Zeug legt, will einen erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes für die Hotelbesitzer vorwegnehmen und prophezeit, daß die Wuchererordnung geändert werden dürfte. Der Rechtsausschuh des Reichstages werde sich mit der Wuchererordnung befassen und es sei anzunehmen, daß eine Änderung der Verordnung infolgedessen eintreten wird, als Vergehen, die früher strafbar waren, die es heute aber nicht mehr sind, jetzt nicht mehr verfolgt werden dürfen. Wir unterstellen hoffen nicht, daß sich der Rechtsausschuh zu einer solchen höchst bedenklichen Maßnahme bereit finden wird, die in weitesten Kreisen als der Versuch einer Rechtsbeugung auf geschickten Wege angesehen werden müßte.

## Der Terror der Hotelbesitzer

Es ist ein ganz interessantes Kapitel in diesem Kampf. Wie wir mitteilen, war das Hotel Adlon fest entschlossen, seinen Betrieb offenhalten. Da erschien bei dem Besitzer Lorenz Adlon der Vorsitzende des Berliner Hotelbesitzer-Vereins, Ernst Barth, und erklärte angründlich privatim, daß in einer Vereinsitzung ein Verbot erteilt worden sei, das Adlon einen Sitzungsraum der Vereinigung zu überlassen hätte. Man könne Adlon nur den guten Rat geben, auch zu schließen, da die Vereinsmitglieder mit den größten Gewalttätigkeiten gedroht hätten. Um von seinen Gästen Befestigungen fernzuhalten, mußte sich Adlon im Hinblick auf diese Drohung leider entschließen, dem Verbot des Hotelbesitzer-Vereins beizutreten. In dem genannten Schreiben hatte der Besitzer des Adlon-Hotels die Schließung des Hotels als eine „sinn- und zwecklose Maßnahme“ abgelehnt, was den Herren natürlich nicht in den Kram paßte.

Auch sonst wird in diesem Kampf von Seiten der Hotelbesitzer und der mit ihnen verbündeten Kapitalistenpresse mit den unfaubersten Mitteln gearbeitet. Der Verband der Gastwirtschaftlichen schreibt uns dazu:

„Wenn in einem Teil der bürgerlichen Presse zu lesen war, daß die Angestellten sich diesem Vorgehen der Unternehmer angegeschlossen hätten, so ist daraus wieder zu erhellen, wie leichtfertig von diesen Reaktionen Gerüchte verbreitet werden, die der Wahrheit nicht entsprechen. Wir betonen deshalb auch an dieser Stelle, daß wir als die maßgebliche Angestelltenorganisation im Gastwirtschgewerbe mit den getroffenen Maßnahmen der Unternehmer auch nicht das Geringste gemein haben. Sollte sich das Vorgehen der Unternehmer in bezug auf die Schließung der Adlonbetriebe in die Länge ziehen, so fordern wir im Interesse der Angestellten und der Allgemeinheit, von den Behörden die zwangsmäßige Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe.“

Die Juridikt des Verbandes der Gastwirtschäftigen stellt ferner fest, daß für die Unternehmer unter den veränderten Verhältnissen auch nicht der geringste Grund vorliegt, zu solchen die Allgemeinheit und auf die Dauer auch die Angestellten schädigenden Maßnahmen zu greifen. Auf Grund der nun wieder fast restlos freien Bewirtschaftung der Lebensmittel seien die Unternehmer

heute sehr wohl in der Lage, allen Ansprüchen auch eines vermögenden Publikums zu genügen; selbst wenn sie auf den Verkauf von Schlachttiere und weißen Schrippen verzichten müßten.

## Milchpreiserhöhung.

Die Großberliner Milchbesitzer hatten dringend eine Erhöhung des Milchpreises von 2 auf 3 R. und weiterhin die Freigabe der über eine bestimmte Menge hinaus produzierten Milch verlangt. Die eingehenden Ermittlungen der Fettstelle ergeben, daß angesichts der heutigen Nahrungsmittelpreise die Milchbesitzer in der Tat mit einem Preis von 2 R. nicht auskommen können. Um nicht den Milchpreis allgemein zu erhöhen, hat der Magistrat den Antrag eingeschlagen, einen Durchschnittspreis von 2,20 R. festzusetzen und aus diesem Preis Beiträge zu erheben, die es ermöglichen, den Milchbesitzern einen Zuschuß zu gewähren. Der Magistrat hat sich mit diesem Preis zunächst begnügt, obwohl die Steigerung aller Kosten, insbesondere der Frachten, und der Fortfall der Butterzuschläge eine stärkere Erhöhung gerechtfertigt hätten. Der Großhandelspreis ist entsprechend erhöht und auf 2,08 R. festgesetzt. Die Regelung gilt zunächst nur für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin und wird auf die neuen Teile Groß-Berlins ausgedehnt werden, sobald deren Organisation so mit der Fettstelle verschmolzen ist, daß sich ein Durchschnittspreis bilden läßt.

Die Freude am Schenken bedarf oft einer kleinen Unterstützung durch gute Beratung. Die aber finden unsere Genossinnen und Genossen in der „Vorwärts“-Buchhandlung, deren Ausstellung schon den Verkauf vieler Kunstbücher fand. Besonders verdienen die Werke sozialistischer Künstler hervorgehoben zu werden. Diese Arbeiten zeugen von hartem Kampf, von Willen und Können. Ferner finden wir unter den Reproduktionen alter und moderner Meister so manche kleine Kostbarkeit, so manches Bild, das Licht bringen und das Gemüt trauen machen kann. Zudem ist eine reiche Auswahl bediegender Bücher vorhanden, worauf die Eltern besonders hingewiesen seien, denn ein wertvolles Buch ist zugleich ein guter Erzieher.

## Die Wahlen zum Provinzialausschuh

wurden in der gestrigen Sitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages durchgeführt. In den aus neun Mitgliedern bestehenden Provinzialausschuh wurden entsandt: als 1. Vorsitzender Rittergutsbesitzer v. Dppen-Oberbarnim, als 2. Vorsitzender Stadtrat Pönnchen-Guben (Soz.), ferner die Oberbürgermeister Dreifert-Rottbus, Lindner-Matzenow, Ansländer-Brandenburg (Soz.), die Landwirte Krüger-Poppentz und Schullch-Kollwitz, Bürgermeister Dr. Albert-Driesen und Kronenlakenbeamter Suhl-Kaufmännling. Der aus fünf Mitgliedern bestehende Provinzialrat wurde zusammengesetzt aus den Oberbürgermeistern Lindner-Matzenow und Köpfer-Pötdam, Rittergutsbesitzer Bräse-Linderode, Landrat von Wittenberg-Zeltow und Stadtrat Pönnchen-Guben. Oberpräsident Dr. Meier erklärte nach Beendigung der heutigen Tagesordnung den 50. Brandenburgischen Provinziallandtag für geschlossen.

Der Landtag dürfte in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht wieder zusammentreten, da die Neuwahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammen mit den Preußenwahlen am 20. Februar 1921 stattfinden sollen, so daß der nächste Haushaltsplan von einem neuen Provinziallandtag festgesetzt werden wird.

## Ubergangs-Magistratskommission.

Der Magistrat der alten Stadtgemeinde Berlin stellt am 18. Dezember seine Tätigkeit ein. Der neue Magistrat hat auf Vorschlag des alten Magistrats beschlossen, für einzelne Teile des städtischen Verwaltungsbereiches, die noch im Ubergang begriffen bleiben, Magistratskommissionen der neuen Stadtgemeinde einzusetzen, die welche freiwillig tätig zu sein sich bereit erklärt haben: Geheimrat Regierungsrat Dr. Virchow, Geheimrat Regierungsrat Dr. Fischer, Stadtrat Dr. Franz und Stadtrat Dr. Lange, Berlin-Schöneberg. Diese Tätigkeiten stehen außerhalb des Beamtenverhältnisses. Die Kommissionen haben selbständigen Vortrag im Magistrat und den Beamten der ihnen unterstellten Geschäftsbereiche gegenüber die Befugnisse eines Magistratsmitgliedes.

## Der heutige Romantell muß wegen des Andranges von Nachrichtenmaterial fortfallen.

Kaufüberfall auf eine Irdblerin. Ein schwerer Kaufüberfall wurde gestern mittag in der Untenstraße verübt. In dem Hause Nr. 242 betreibt die 44 Jahre alte Frau Stroba R. einen Irdblerhandel. Aus diesem kam die Frau gestern mittag auf mehreren hundert Kopfwunden blutend auf die Straße, wo sie zusammenbrach. Bevor sie die Bestattung verlor, konnte sie noch kurz angeben, daß zwei Männer in dem Keller erschienen seien, die plötzlich über sie hergefallen und sie mit einer Pistole niederzuschlagen hätten. Die Schmerberlegte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo sie noch vernehmungsunfähig daniiederliegt. Nach den bisherigen Feststellungen, haben die Räuber ungefähre 3-4000 R. erbeutet. Mit dem Gelde sind sie ungesehen entkommen.

„Traumland“ heißt das Weihnachtsspiel, das der im Circus Busch galierende Zirkus Serrano jetzt zur Vorbereitung bringt. Es führt in die letzte Wärmzeit ein und tauscht eine Weihnachtsstimmung beider. Allen ihren Wunderschönen wird Leben eingehaucht und man sieht die glanzvollsten Kostüme in geschmackvoller Zusammenstellung. Für die Kinder wird ein Baum dieser Dornrosen zur beständigen Freude, ihre Augen leuchten auf und ihre Wangen röten sich vor Erregung. Dies ist

lose Zustimmung wird darum auch die beste Empfehlung sein. — Doch natürlich, wo der Direktor selbst ein Direktor von Betradmitt, Lebenswichtigkeiten auf dem Gebiet der Theaterwelt steht, ist selbstverständlich. So sieht man den Direktor Schneider recht gemächlich mit 35 Jahren arbeiten, die er sogar in der Menge fähig, ein Bild, das bestimmt den Kreis der Kunst hat. Sehr ansprechende Leistungen erzielte auch Gustav Gädinger, der diesmal weniger Werke in der Menge bringt, aber jedes Tier einen bewundernswürdigen Wert hat. Der Schauspieler Charles Seeburg lockt unbedeutend an, er macht eine tadellose Figur im Paktel, hat eine tadellose Singsprache und gibt die Rollen fast unmerklich. Bei seiner Arbeit auf der Bühnegenussleistung wird das Werk nicht nur einer Gehöransprache unterworfen, sondern es führt tatsächlich Mangarten der hohen Schule vor sich durch. — Auch das Ballettcorps, prächtig unterstützt durch Beleuchtungseffekte, trägt viel zum Gelingen des ganzen Programms bei.

Ein Winter-Volkstanz veranstaltet der kommunale Volksbildungs-ausschuh zu Robonitzsch am 18. und 19. Dezember in den Räumen des Robonitzschler Filmmuseums (Volkshaus, Eingang VI a (verlängerte Friedrichstraße — Haltestelle der Straßenbahn). Der Ausschuh besteht aus der Volksbildungskommission (Volkshaus) und dem Robonitzschler Volksbildungsverein (Volkshaus). Am ersten Tage Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr beginnen die Robonitzschler Volksbildungsfeier (für Jung und Alt). Dieser Tag ist zur Hauptfeier des Jahres gebunden. Bei dem Eintrittsgeld von 3 Mark hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind frei einzuführen. Für jedes weitere Kind ist 1 Mark zu zahlen. Ermäßigungen erhalten Freizeitarbeiter im Ruhestand.

Volkstheaterliches Theater. Die nächsten Vorstellungen der revolutionären Saiten „Brigade“ finden in Köpenick am Sonntag, den 18. Dezember 8 Uhr, Schulanke Park, und am Sonntag, den 19. nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Straße, statt. Karten 2,50 R. u. 1 R.

## Filmschau.

Lichtbildvorführungen ohne Strauchverbruch. Güten für das Lichtbildtheater werden nicht unmerklichen Fortschritt hat die dem Lichtbildtheater angegliederte „Veranstaltungsgesellschaft“ mit der Herstellung einer neuen „Verlehnung“ (Verlehnung) erzielt, nachdem es ihr erst vor wenigen Monaten gelungen ist, das Problem der Lichtbildvorführungen auch bei Tageslichtbeleuchtung mittels der sogenannten Tageslichtwand erfolgreich zu lösen. Für den neuen „Verlehnung“, die aus Millionen von Glasplatten besteht, ist es möglich, auf den vorhandenen elektrischen Strom bei Filmvorführungen zu verzichten und auch mit Erleuchtung aus großer Entfernung plastische Bilder zu erzeugen.

„Der Gang in die Nacht“. Eine echte Freude war es, den neuen Diagonal-Film „Der Gang in die Nacht“ in der Schauburg zu erleben. Erleben — bei diesem Film darf man's so nennen! Ein Wagnis ist gelungen, das wieder eine unvollständige Wahrheit eröffnet, die der Film noch hat. Hier meisterhafte Darsteller, Gudrun Grunow-Steffens, Oda Höpfer, Conrad Reidt, Vera Lorenz, legen die klare Linie der Handlung fest. Regie und Aufnahme arbeiten sich in einer Weise in die Hände, die noch nicht überboten wurde. Nichts ist außerordentlich oder gefühlig in Handlung oder Darstellung, ruhig und unabwendbar, wie das Leben selbst ist, gibt dieser Film es wieder. Wenn uns das Meer die Seele der Menschen überlegen soll, und der Wind und der Regen ihre Stimmungen, der Rausch ihre ewige Traurigkeit — das ist alles gut und einträglich. — Das ist der merkwürdige Film, ihr Herren von der Leinwand, das ist kein weißes, munteres Spiel, es bezieht auf Kulturen, denn ihr habt die große Natur, verzichtet auf den Wohlstand, denn sie werden das Heime des einzelnen Menschen nicht ergötzen. Gebt uns Menschen im Film, gebt uns Seelen und befreit uns damit.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 17. Dezember:

23., 24. und 26., 28., 30. Abt. Männerchor „Vereinschor“ 7/8 Uhr, Theorie und Liedstunde. Schönbauer Allee 190. Jungsozialisten. Ortsgruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr in der Schule, Tautschauer Straße 3-6. Vortrag des Redaktors A. Müller: „Die Internationalen“. Ortsgruppe Lichterfelde. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Albrechtstraße 14. Vortrag: „Kritik der Reichlichen Gesellschaftslehre“. Einladungen zur Weihnachtsfeier sind bei der Genossin Gerda Scholz, Lindenstraße 8, erhältlich.

Morgen, 18. Dezember:

1. Abt. Abends von 6-9 Uhr Abrechnung der Bezirksführer bei Kädder, Steinmeyerstraße 67. 28. Abt. 8 Uhr in der Brauerei Königsplatz, Schönbauer Allee. Weihnachtsfeier für Kinder. 32. Abt. Betriebsbeiratsversammlung und Familienberatung, abends 7 Uhr bei Gutsmuths, Friedrichstraße 41. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. 8 Uhr, Stadthaus, Köpenicker Straße, Zimmer 248. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Entwurf der Lebensmittelausschuh. I. Bericht der Kommission für den Schulbau. 8. Berichtsbereich. 131. Abt. (Niederbichlerstraße). 7 1/2 Uhr Familien- und Berufsberatung bei Kolla, Köpenicker Straße, Köpenicker Straße. Versammlung. Mitgliederversammlung abends 7 1/2 Uhr, im Gymnasium, neben Lebensmittelausschuh. Vortrag: „Sozialismus oder Bolschewismus.“ Referent: Genosse Boigt-Buchholz. Gäste willkommen!

## Sport.

Der Berliner Scherenschuh-Klub veranstaltet auch in diesem Jahre bei günstiger Schneelage am kommenden Sonntag einen „Schneehäufchen-Rund um den Grundweidling“. Es sind Kurse für Anfänger, für Augenblicke, sowie für Damen und Herren vorgesehen. Als Preise werden Kisten gegeben. Das Hauptvermögen geht um den Sonderpreis des Klubs, der im Vorjahre von dem Schweden D. Schwimberg errungen wurde. Der S. meint in Amerika und Linn haben den Preis nicht verstanden. Am Sonntag auf die bereits erprobten zahlreichen Leistungen sind interessante Momente zu erwarten. Interessenten erhalten das Programm gegen Einzahlung von R. 1.10 durch Herrn W. Nis, W 57, Albrechtstraße 17. Meldungen sind ebenfalls zu richten. Freier Wandersport. Sonntag: Spandau, Tappenberg, Nieder-Reinick, Dölligsen, Tegel. Abt. Lehrer Verband. Touristenverein Naturfreunde (Ortsgruppe Berlin-Dahlempark). Sonntag: Hermsdorf, Tegel. Abfahrt 7.30 Berliner Verkehrsbahnhof bis Vermsdorf.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittag. Weiß bewölkt, mit Schneefällen bei möglichem Frost, im Küstengebiet ziemlich trübe, sonst schwächere östliche Winde.

(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

## Aufruf an alle Brillenträger!

(Ruhmisch verboten.)

Nicht der Gründung eines neuen, überflüssigen Vereins gilt dieser Aufruf, sondern um wichtige Interessen handelt es sich.

Tragen Sie nicht eine Brille, sondern einen Aneifer.

Das ist zwar das Gegenteil von dem, was früher die Ärzte anrieten, aber Umstände ändern die Sache, und die Ärzte haben ihre bisherige Ansicht auch geändert.

Früher war die Brille das vollkommenste Augenmittel, besonders wenn es darauf ankam, nicht nur einen Rotz für altersschwache Augen zu haben, sondern um komplizierte bauliche Fehler der Augen zu korrigieren.

Nur die Brille hatte einen genügend festen Sitz bei jeder Arbeit oder körperlichen Anstrengungen. Nur die Brille der Brillen zahlte so genau vor die Augen, daß diese bei richtiger Zusammenstellung den künstlichen Sinnes ungefähr daselbe leisten

konnten wie normale, fehlerfreie Augen. Und nur die Brille wurde deshalb verordnet.

Der Aneifer war verpönt, und damals mit Recht. Er war bei der Arbeit ungenau, weil er schlecht sah; infolgedessen wurde er bielsack abgeteilt, wo es zur Schonung der Augen besser gemeint wäre, Gläser zu tragen.

Er fiel beim Lesen vornüber und gab dann ein verzerrtes Bild und überanstrengte die Augen. Die Gläser hingegen nach außen seitwärts herab, und auch, was das (bei einem besonders breiten Nasenrücken) nur in geringem Maße der Fall war, pochten sie sich doch dem Abwärtigen der Augen voneinander nicht an; die Pupille stand, fast genau hinter dem Brennpunkt des Glases, hinter dem oberen oder seitlichen Rande und ist von dem einen Glas weiter entfernt als von dem anderen. Durch aber wurden wiederum die Augen in eine unnatürliche, schiefende Stellung gezwungen, was Überanstrengung, schnelle Ermüdung, Kopfschmerz und Kopfschmerzen, besonders aber eine schnelle Verschlechterung des Sehvermögens verursachte.

Das trifft heute alles nicht mehr zu!

Der Bohmann-Aneifer sitzt bei der anstrengendsten körperlichen Tätigkeit so fest und sicher wie eine gutpassende Brille und ohne jeden lästigen Druck.

Er sitzt auch genau so richtig, und jeder Arzt, der ihn kennt, wird erklären, daß er gegenüber der Brille keinerlei Nachteile, aber manche Vorteile hat.

So schreibt uns ein langjähriger Brillenträger:

„Ich freue mich sehr über den erhaltenen Aneifer. Er sitzt sehr gut, drückt nicht und ist trotz der starken Krümmung äußerst leicht. Ich werde nun wohl die Brille, die ich seit 30 Jahren trage, ganz ablegen und mich nur noch Ihres Aneifers bedienen.“

L. Herold, Gr. Hefelstraße.

Frau Staatsrat Ida G. Wetmar, schreibt: „Nachdem ich mich an die so sehr angenehmen, leichten Gläser mit der brillanten Nachsicht gewöhnt habe, ist mir jede andere Aneifer-art untragbar geworden.“

Der Bohmann-Aneifer ist die empfehlenswerteste, am weitesten existierende Konstruktion, und jeder, der sich jahrelang mit seinem alten Aneifer herumgewandelt hat, ist erfreut und befreit über den bequemeren, festen und guten Sitz.

für Militärs, Jäger, Sportsleute und im Bureau Tätige ist er ebenso unentbehrlich wie für Damen, welche von ihm keines unauffälligen, eleganten und gar nicht auffallenden Aussehens wegen entsetzt sind.

Es werden nun allerhand Aneifer als „orthogenetische“ oder unter ähnlichen Benennungen angeboten; dieselben dürfen aber nicht mit dem patentierten Bohmann-Aneifer verwechselt werden, die nur direkt von der Herstellerin: Bohmann-Aneifer, Berlin W, Potsdamer Straße 184a, bezogen werden können, welche keine Niederlagen oder Filialen unterhält, sondern nur direkt an das Publikum liefert. Größliche Augenprüfungen wird jederzeit kostenlos gewährt, ohne jeden Kaufzwang.

Kauswürdige Abnehmer werden gebeten, Prospekt 9 L zu verlangen, und bekommen dann gleichzeitig Mitteilung, welche Angaben erforderlich sind, um einen unter Garantie tadellos stehenden Bohmann-Aneifer zu erhalten.

Ueberall drum heißt es, wo man Ueber Aneifer spricht: Nur Bohmann!





